

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rübensdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Rübensdorferstr. 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 M. (ohne Bestellgeld), bei Zusendung unter Kreuzband 1,70 M.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 30.

Berlin, den 24. Juli 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909. — Seit nicht kurzfristig. — Der Beginn der Aufstiege in Deutschland. — Rundschau: Lage des deutschen Arbeitsmarktes. Wohnungsinspektion in Bremen. Wöchentliche Lohnzahlungen auf den Reichswerften. „Der sozialdemokratische Terror.“ Alkohol und Arbeiterschaft. Für die gelben vaterländischen Arbeitervereine. Eine öffentliche Warnung. — In eigener Sache. — Wirtschaftliche Bewegung. — Verbandsnachrichten: Frankfurt a. M. Oberhausen, Margloh, Bruchhausen. — Aus unseren christlichen Verbänden. — Soziale Waschen. — Von den Arbeitsstellen. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

## Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1909.

II.

### Lohnbewegungen, Streiks und Erfolge.

Die wirtschaftlichen Schwankungen, denen das Jahr 1909 ausgesetzt war, wirkten naturgemäß auf die Tätigkeit der Gewerkschaften hinsichtlich der Besserstellung ihrer Mitglieder zurück. In der Großindustrie mußten umfangreichere Bewegungen zurückgestellt werden und auch in den handwerklichen Berufen war die Lage für die Neugestaltung der abgelaufenen Tarife nicht sehr günstig. Dennoch ließen sich verschiedene, den Arbeitern zugebende Verschlechterungen nicht nur abwehren, sondern es gelang auch, daß eine Anzahl Verbesserungen durchgefochten wurden.

In der Holzindustrie, im Maler- und Schneidergewerbe ließen sich seither alljährlich eine nicht geringe Anzahl von Tarifverträgen ab, deren Erneuerung einen außerordentlichen Aufwand an Zeit und Arbeit erforderte. In diesen Gewerben können die besoldeten Funktionäre vielfach nicht mehr als Agitationsbeamte angesprochen werden, indem ihre Kraft in außerordentlich starkem Maße für die Vorbereitung und Durchführung von Tarifverträgen absorbiert wird.

Im rheinisch-westfälischen Industrieviertel suchten die im Arbeitgeberbund für das Baugewerbe organisierten Holzgewerkschaften Arbeitgeber den Arbeitern bei der Erneuerung der Tarife einseitig ihren Willen aufzuzwingen. Zunächst wurde eine Lohnherabsetzung von 10% beschlossen und zum Teil durchgeführt. Als diese Maßnahmen da und dort mit Arbeitsniederlegungen beantwortet wurden, proklamierte der Arbeitgeberbund eine allgemeine Aussperrung, der jedoch nur wenige Arbeitgeber Folge leisteten. Als nach achtwöchiger Aussperrungsdauer der Ratener Grublich verfahren war, wurde vom Herrn Beigeordneten Rath (Essen) ein Einigungsversuch unternommen, der dann auch von Erfolg war. Der Arbeitgeberbund mußte nicht nur, soweit eine Durchführung stattgefunden hatte, seine zehnprozentige Lohnreduzierung zurücknehmen, sondern den Arbeitern noch Stundenlohn erhöhungen von 5 bis 7 Pf., und wöchentliche Arbeitszeitverkürzungen von 2 bis 4 Stunden zubilligen. — Auch die Tarifbewegung im Malergewerbe fand eine für die Arbeiter verhältnismäßig günstige Erledigung. Hier wurden die bisherigen Bezirksstarke zu einem Reichstarif zusammengefaßt, womit außerordentlich viele Komplikationen verworfen waren. Die bisherigen Tarife haben selbstverständlich an Bestehenbes angeknüpft und waren sonach von einer Einheitlichkeit sehr weit entfernt. Bei der Umformung dieser Tarife zu einem Reichstarif mußte natürlich eine Anzahl Unebenheiten ausgeglichen werden, so daß für manche Orte größere, für andere allerdings auch nur kleinere Zugeständnisse herausgeholt werden konnten. Im ganzen bedeutet aber der Reichstarif für das Malergewerbe und für die in ihm beschäftigten Gehilfen einen unverkennbaren Fortschritt. Der Ablaufstermin der Tarife war seither für die wichtigsten Orte der 31. Dezember, also eine für das Malergewerbe sehr ungünstige Zeit. In dem Reichstarif wurde der Ablaufstermin auf den 15. Februar festgesetzt. Auch wurden im Durchschnitt Stundenlohn erhöhungen um 3 Pf. und dort, wo die Arbeitszeit noch über 10 Stunden betrug, deren Verkürzung auf 10 Stunden durchgeführt. — Wehnlich gestalteten sich die Tariferneuerungen im Schneidergewerbe. Auch hier wichen die örtlichen Tarife nicht selten stark voneinander ab, so daß schließlich in Orten mit billigerer Lebenshaltung mitunter höhere Löhne verdient wurden, als in größeren Städten, wo insbesondere für Wohnungsmiete ein bedeutend größerer Bruchteil des Lohnes aufgewendet werden muß. Bei Vertragsabschlüssen zwischen den Zentralvorständen der beiderseitigen Organisationen traten diese Unebenheiten klar zu Tage; ihre Beseitigung ist indes ohne unangenehme Begaben für die seither besser gestellten Orte nicht möglich. Und doch liegt es im Interesse des Gewerbes und der in ihm beschäftigten Arbeiter, daß eine größere Einheitlichkeit hergestellt wird.

Eine Einzelbetrachtung der Bewegungen und Streiks, durch die sich die christlichen Gewerkschaften im Berichtsjahre haben hindurchkämpfen müssen, erhält ihr Gepräge vor allem durch die verhältnismäßig ruhige Situation im Baugewerbe. Zwar ist die Zahl der Bewegungen mit 706 gegenüber dem Vorjahre (683) wieder etwas gestiegen; dagegen ging diejenige der beteiligten Personen auf 26 946 (43 238), d. h. um nicht weniger als 16 292 Personen = rund 38% zurück. Das Baugewerbe allein verzeichnete 99 (140) Bewegungen mit 8762 (25 585) beteiligten Personen, was hinsichtlich der Personenzahl einem Minus von nahezu 74% entspricht. Die sieben abgeschlossene Bauarbeiterbewegung entfällt auf das Jahr 1910.

Einen friedlichen Verlauf nahmen 471 = 67% (492 = 72%) der Bewegungen mit 19 936 = 74% (36 429 = 84,4%) der Beteiligten. Als zusammenfassender Schluß aus diesen Gegenüberstellungen ergibt sich, daß der erste und hauptsächlichste Faktor, der in alle Berechnungen der zukünftigen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen den Interessenten des Arbeitsvertrages eingestellt werden muß, die Tarifentwicklung ist, und daß die Verantwortung für eine eventl. Zuspitzung dieses Verhältnisses und ihre Folgen auf der Seite derjenigen gesucht werden muß, die sich der Tarifentwicklung hindernd in den Weg stellen.

Ein Blick auf die Zahlen der unfruchtbar verlaufenen Bewegungen läßt den Zwittercharakter des Wirtschaftsjahres 1909 erkennen. Diese Bewegungen verteilen sich wie folgt:

	Anzahl	1908	1909	Beteiligte Personen	1908	1909
Angriffstreiks . . . . .	82	112	2942	2386		
Abwehrstreiks . . . . .	81	74	2437	1772		
Aussperrungen . . . . .	28	49	1430	2552		

Die Unentschiedenheit im Aufbau der wirtschaftlichen Situation, die das eine Mal die Wünsche und Pläne der Arbeitgeber, ein andermal jene der Arbeiter fördern zu wollen schien, kommt in einer vermehrten Angriffslust auf beiden Seiten zum Ausdruck, die indes verhältnismäßig größer auf Seiten der Arbeitgeber war. Angriffstreiks und Aussperrungen sind der Zahl nach gestiegen, letztere sehr wesentlich auch in bezug auf die Beteiligungsziffer, die bei den Angriffstreiks dagegen noch um eine Kleinigkeit zurückging. Infolge dieser offeneren Stellungnahme der beiden Parteien blieb die Zahl der Abwehrstreiks hinter jener des Vorjahres etwas, hinsichtlich der Beteiligungsziffer sogar recht beträchtlich zurück. Die Zahlen betreffend die Ursachen des Streiks und Aussperrungen (vgl. Tabelle IV) fügen sich im allgemeinen in das hier Gesagte ein, lassen aber den Uebergang der Arbeiter aus der bloßen Defensiv zum Angriff deutlicher erkennen. Streiks und Aussperrungen wurden angefaßt wegen:

	Anzahl der Fälle	
	1908	1909
Forderungen höheren Lohnes . . . . .	42	70
Forderungen verkürzter Arbeitszeit . . . . .	1	2
Forderungen höheren Lohns und verkürzter Arbeitszeit . . . . .	37	53
Abwehr von Verschlechterungen . . . . .	86	99
Sonstiger Ursachen . . . . .	25	21

Zwar haben sich in den beiden Vergleichsjahren die Zahlen, die über die Bewegungen zur Abwehr von Verschlechterungen berichten, sozusagen die Waagschale gehalten. Die Gegenüberstellung der Ziffern betreffend die Bewegungen, die aus der Aufstellung von Forderungen auf Lohnhöhung und Arbeitszeitverkürzung erwachsen, läßt jedoch das entschieden mehr positiv gerichtete Vorwärtstreiben der Arbeiter dar. Und die Art, wie die Bewegungen ausgegangen, beweist, daß sie im allgemeinen ein sicheres Gefühl für die Möglichkeiten der jeweils gegebenen Lage hatten. Es gingen aus:

	erfolgreich		teilw. erfolgreich		erfolglos	
	1908	1909	1908	1909	1908	1909
Angriffstreiks . . . . .	33	45	30	32	19	30
Abwehrstreiks . . . . .	28	28	31	22	22	27
Aussperrungen . . . . .	3	16	8	25	17	5

Dieses Bild beleuchtet die augenscheinlich günstigere Situation des Berichtsjahres gegenüber dem Vorjahre und insbesondere beweist der Umstand, daß 18 Aussperrungen erfolgreich, 25 teilweise erfolgreich und nur fünf erfolglos für die Arbeiter verliefen, daß sich die Stellung der Organisationen konsolidiert hat. Alles in allem sieht sich die Situation günstiger an, als es auf Grund der Verhältnisse des vorausgegangenen Jahres der Fall war.

In 233 Fällen waren die christlichen Gewerkschaften die alleinigen Träger der Bewegungen, während sie in 399 mit anderen Organisationen zusammengingen, in 327 Fällen aber die Mehrheit der Beteiligten stellten. Tarifliche Neuabschlüsse waren 188 zu verzeichnen. Insgesamt partizipierten die christlichen Gewerkschaften an 785 Tarifverträgen, welche Zahl die des Vorjahres um 124 übersteigt.

Eine Zusammenfassung der unmittelbaren Erfolge, soweit sich dieselben zahlenmäßig ausdrücken lassen, ergibt sich aus folgender Tabelle:

Berufe	Es wurden erzielt:			
	Für Mitglieder	Lohn-erhöhung pro Woche	Für Mitglieder	Arbeitszeitverkürzung pro Woche
Bauarbeiter . . . . .	4942	0,60—10,80	602	3
Textilarbeiter . . . . .	4331	1,00—3,00	—	—
Metallarbeiter . . . . .	848	0,60—6,00	173	1/2—3
Staats-, Gemeinde-, Lehr- u. Arbeiter . . . . .	2667	1,20—3,00	1163	3—6
Holzarbeiter . . . . .	2164	1,20—3,60	1738	1—6
Keramiker . . . . .	955	1,00—6,00	—	—
Lebendarbeiter . . . . .	399	0,75—4,50	401	3—9
Schneider . . . . .	644	1,63*	—	—
Maler . . . . .	81	1,04—1,62	—	—
Graphische Gewerbe . . . . .	260	1,70—2,00	98	3
Nahrungsmittelindustriearbeiter . . . . .	176	1,50—2,25	105	1—9

\*) Durchschnittlich.

zieht man die verhältnismäßig geringe Anzahl der in Bewegungen verwickelten Gewerkschaftsmitglieder in Betracht, so erscheinen die hier detaillierten unmittelbaren Erfolge zweifellos als recht beträchtliche. Wie sehr sich die christlichen Gewerkschaften auch sonst die würdigere Ausgestaltung des Arbeitsverhältnisses angelegen sein lassen, erhellt z. B. aus der Angabe des Verbandes der Nahrungsmittelindustriearbeiter, daß es seinen Bemühungen gelungen sei, für 176 Mitglieder die Einräumung von Ferien zu erwirken, die je nach der Dauer ihrer Anstellungszeit zwei Tage bis zu einer Woche pro Jahr betragen. In das Kapitel der erzielten Erfolge gehören aber auch die Mitteilungen über die Abwehr drohender Verschlechterungen. So berichtet der Metallarbeiterverband von 10 Fällen, in denen für insgesamt 126 Mitglieder Afford- und Lohnreduzierungen von 5 bis zu 50% hintangehalten werden konnten. In vier weiteren Fällen wurde eine Verschlechterung der Arbeitsordnung abgewehrt und die Regelung des Strafgederwesens, Zahlung bei Fehlgang, Einführung von Affordlisten und höhere Bezahlung der Ueberstunden erzielt. Drei fernere Fälle schlossen mit der Zurücknahme der Maßregelung und Kündigung von Arbeitern, der Einführung eines Arbeiterausschusses und Anerkennung der Organisation ab. Schließlich wird noch von 10 Fällen berichtet, in denen die Verbesserung der gesundheitlichen Betriebsbedingungen und Garantien für bessere Behandlung der Arbeiter das Ergebnis waren. Der Tabakarbeiterverband konnte fünf angebotene Verschlechterungen abwehren, in sieben Fällen die Einführung besseren Materials und sonstige Verbesserungen, in fünf die Zurücknahme von Maßregelungen erreichen, in einem einen Anschlag auf das Koalitionsrecht vereiteln und in einem weiteren eine beabsichtigte Schädigung der Arbeiter durch die Durchführung einer Neueinrichtung verhindern.

Das sind die praktischen Erfolge der christlichen Gewerkschaften. Sie bilden den Gradmesser für das Wollen und Können der wirtschaftlichen Interessenvertretung der Arbeiter. Wir können mit Genugtuung konstatieren, daß die Errungenschaften bedeutender Natur sind, geeignet, die wirtschaftliche Lage des Arbeiterstandes in günstigster Sinne nach oben zu beeinflussen. Das ist der erste Zweck der christlichen Gewerkschaften, und diesem sind sie gerecht geworden.

~~~~~

Du kannst der Zeit wohl helfen Furchen ziehen,  
Doch nicht sie hemmen in dem raschen Fliehn.  
Shakespeare.

~~~~~

## Seid nicht kurzfristig.

Durch die Verhältnisse gezwungen und vielen Anregungen von Mitgliedschaften unseres Verbandes von außen folgend, ging der Hauptvorstand in Verbindung mit dem Verbandsauschuß dazu über, den wöchentlichen Verbandsbeitrag vom 1. 3. d. J. ab in allen Klassen um 10 Pf. zu erhöhen. Eine bindende Kraft besaß dieser Beschluß nicht, da nur Generalversammlungsbeschlüssen diese Wirkung innewohnt. Im allgemeinen ist jedoch dem Beschluß Folge geleistet worden. Die am 4. April d. J. zu Berlin stattgefundene außerordentliche Generalversammlung trat in Würdigung der Gründe der Entschliesung des Hauptvorstandes und des Verbandsauschusses bei und erklärte den erhöhten Beitrag für einen dauernden. Nach Lage der Dinge konnte die oberste Instanz des Verbandes nicht anders handeln.

Infolge der damaligen überstürzten Ereignisse wurde leider die Publikation dieses Generalversammlungsbeschlusses im Verbandsorgan übersehen, auch scheinen Generalversammlungsdelegierte bei ihrer Berichterstattung den von ihnen vertretenen Mitgliedern keine Aufklärung gegeben zu haben. Nur so können wir uns erklären, daß bei einem, wenn auch nur geringen Teil unserer Mitglieder die Meinung entstehen konnte, der erhöhte Beitrag würde mit Beendigung der Bewegung auf die frühere

Höhe wieder herabgesetzt. Allerdings hätten sie aus der Festsetzung der Streikunterstützung schließen müssen, daß das nicht zureichend sein könnte, denn durch die Erhöhung kämen sämtliche Mitglieder um zwei Klassen in der Unterstufung, soweit sie dem Beschluß des Hauptvorstandes und Verbandsauschusses gefolgt waren. Es waren sogar Fälle zu verzeichnen, daß Ortsverbände, die sich von dem erhöhten Beitrag gedrückt hatten, schnell noch in der letzten Woche vor der Ausperrung die neuen Markte einforderten, eine Marke klebten und so glaubten, damit ebenfalls die höhere Unterstufung zu erlangen. Damit hatten sie natürlich kein Glück. Dieses Aufsitzen in die höheren Unterstufungsklassen hat dem Verbande eine Mehrausgabe von über hunderttausend Mark verursacht. Unsere Mitglieder werden doch nicht so leicht sein zu glauben, die Beiträge würden kurz vor einem Kampf zu dem Zweck einer höheren Unterstufung erhöht, um nachher wieder herabgesetzt zu werden. Dazu wenn es sich um einen Kampf dreht, wie den hinter uns Liegenden. Das ist doch kaum anzunehmen. Wenn trotzdem diese Meinung besteht, so ist das gerade kein Zeugnis von besonderer Sachkenntnis und von Weitblick. Wenn aber sogar von einem unserer größten Verwaltungsstellen, deren Namen wir nicht nennen wollen, die bisher immer zu den besten gezählt hat, die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zur Herabsetzung des Beitrages gefordert wird, so spricht daraus eine so totale Verkennung der Verhältnisse, daß wir uns genötigt sehen auf das hinzuweisen was ist und was uns bevorsteht. Daß wir das tun müssen, wird bei unseren Brüdern, die bedeutend höhere Beiträge leisten, trotzdem ihnen nicht Erfolge beschieden sind, wie die von uns erreichten, ein gewisses Kopfschütteln hervorzurufen.

Hinsichtlich der jährlichen durchschnittlichen Beitragshöhe innerhalb der christlichen Gewerkschaften stehen wir heute an vierter Stelle. Der Guttenbergbund steht mit 36 M obenan, ihm folgen die Holzarbeiter mit 26,60 M, die Metallarbeiter mit 25,90 M und dann kommen wir in weitem Abstände mit 17,72 M. Gegenüber sämtlichen sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden bleiben wir mit unserem Jahresbeitrag zurück, selbst bei denen, die den wöchentlichen Beitrag in gleicher Höhe erheben wie wir. Das kann nur darauf zurückzuführen sein, daß dort die Einziehung der Beiträge mit größerem Eifer und mit Strenge vorgenommen wird. Wir haben eben noch zu viele Kollegen, die sich allzu viel von ihrer Guttheit leiten lassen, sowohl beim Eintreiben der Beiträge wie beim Auszahlen der Unterstufungen. Hier wenig nehmen und dort viel geben. Damit kommt aber ein guter Kaufmann nicht aus, wir sollten uns weniger von Sentimentalitäten, aber desto mehr von einem guten Geschäftsgesinn leiten lassen. Wenigstens auf eine peinliche Durchführung der Statuten achten, da ein Abweichen davon eine Ungerechtigkeit und Schädigung der Kollegen darstellt, die ihre Pflichten vorschriftsmäßig erfüllen. Wir stehen also mit unserem durchschnittlichen Jahresbeitrag keineswegs an erster Stelle.

Dagegen ruhen auf uns die gleichen Verpflichtungen wie bei den übrigen Verbänden im Baugewerbe, mit Ausnahme der Zimmerer, die die Arbeitslosenunterstützung eingeführt haben, dafür aber auch einen bedeutend höheren Beitrag leisten, aber keine Kranken- und Sterbeunterstützung besitzen. Die sozialdemokratischen Maurer und Bauhilfsarbeiter haben eine zweijährige Karenzzeit zur Erlangung der Sterbeunterstützung durchzuführen, gegenüber einer solchen von einem Jahr bei uns. Nun hat allerdings der sozialdemokratische Maurerverband infolge der Verschmelzung mit den Bauhilfsarbeitern beschlossen, die Krankenunterstützung vom 1. Januar 1911 ab auch den Winter über zu bezahlen, wie es bei letzteren bisher schon war, wofür sie aber auch das ganze Jahr hindurch Beiträge entrichteten. Es steht jedoch keineswegs fest, daß diese bleibt, denn nur gegen eine starke Opposition und um die Verschmelzung nicht zu gefährden, wurde dieser Beschluß gefaßt. Die Streikunterstützung ist in allen Bauarbeiterverbän-

den ziemlich gleich. Wenn nun unsere Konkurrenzorganisationen bei höheren Einnahmen nicht mehr leisten als wir, ist es eine ganz logische Konsequenz, daß wir uns hinterzertrennen geraten müssen, wir könnten auf die Dauer den gestellten Aufgaben und Pflichten einfach nicht gerecht werden. Und das können und wollen wir nicht. Würden wir der Strömung auf Herabsetzung der Beiträge nachgeben, wäre das geradezu gewissenlos an der christlichen Arbeiterbewegung gehandelt. Gleiche Rechte erfordern gleiche Pflichten, und wer etwa nur niedriger Beiträge halber bei uns organisiert wäre und nicht aus Ueberzeugung, na, dem können wir nicht helfen, der muß einfach tun was er nicht lassen kann.

Wenn es aber noch eines Beweises für die Notwendigkeit hoher Beiträge bedürft hätte, so sollte die Ausperrung diesen erbracht haben. Wenn ist denn letzten Endes der Erfolg zu schreiben? Hätten wir uns nach einigen Wochen bankrott erklärt, dann wäre das Ziel der Scharfmacher von ihnen erreicht worden, zum mindesten hätte es keine geordneten Verhältnisse gegeben. Wir haben den Kampf geführt und nun ist es unsere Pflicht, in flüchtigster Frist unsere Klassenbestände nicht nur auf die alte Höhe, sondern noch darüber hinaus zu bringen. Über 700 000 M haben wir für Unterstufung der Ausgesperrten ausgezahlt. In dieser Summe sind 50 000 M aus dem vom Gesamtverband veranstalteten Sammlungen enthalten, das übrige stammt aus eigenen Mitteln. Wir haben keine Verpflichtung nach irgendeiner Seite zu erfüllen. Das ist gewiß gut, aber kein Grund, in der Aufstapelung neuer Mittel irgendwie lässig zu sein. Wer gibt uns die Garantie, daß die Scharfmacher in 1913 nicht das Gleiche versuchen, wie heuer! Des können wir gewiß sein: Wenn auch die Scharfmacher einen Stoß und zwar einen empfindlichen erlitten hat, tot ist sie noch nicht. Wir werden zum mindesten noch einen großen Kampf bekommen, der aber bedeutend schärfer sein wird, wie der hinter uns liegende. Ein Unterliegen unjenseitig würde eine unabsehbare Reihe von Kämpfen in sich bergen. Dem dürfen wir nicht die Augen verschließen. Wir umgehen gewiß jeden Kampf, wo das möglich ist, um aber allen Eventualitäten gewachsen zu sein, müssen wir auf die Stärkung unserer Finanzen bedacht sein. Eine Organisationsleitung, die das nicht wäre, gehörte nicht mehr an die Stelle, an der sie steht. Jedes schwächliche Nachgeben aber auch wäre von unabsehbaren Folgen begleitet. Wir halten es lieber damit, den Mitgliedern gegenüber eine unangenehme Maßregel zu verteidigen, weil wir wissen, daß auf deren Durchführung ihre Stärke und ihr Vorteil beruht. Infolge Mangels an Mitteln verlorengegangene Kämpfe schädigen die Kollegen viel mehr, als wie das der jetzt erhöhte Beitrag ausmacht. Schränke man dafür manche andere unnötige Ausgabe ein, daß Familienleben dürfte sogar noch davon profitieren.

Es harren unser aber auch noch andere Aufgaben. Wir kommen in der Folgezeit an einer Reform und dem Ausbau unseres Unterstützungswezens nicht vorbei! Zunächst die Streikunterstützung. Hier muß eine größere Klassifizierung herbeigeführt werden, um den alten Mitgliedern, die am längsten Opfer gebracht haben, eine höhere Unterstufung zu gewährleisten. Die kurz vor einer Bewegung Eintretenden können nur noch mit ganz niedrigen Sätzen bedacht werden. Die bisherige Handhabung stellte quasi eine Prämie für die Unorganisierten dar, die in letzter Minute Unterschluß in der Organisation suchten, und nun auf Kosten der einsichtigen und opferfreudigen Berufskollegen hohe Unterstufungen bezogen. Die Kranken- und Sterbeunterstützung bedarf einer anderweitigen Regulierung, wir kommen auf die Dauer auch nicht an der Arbeitslosenunterstützung vorbei. Und wir betrachten es als eine Aufgabe unseres Verbandes, in arbeitslosen Tagen unseren Mitgliedern beizustehen. Das geht ja nicht von heute auf morgen, es bedarf auch noch einer weiteren Klärung der jetzigen Tarifentwicklung. tritt diese in ruhigere Bahnen, dann ist der Moment zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung gekommen. Dazu ist aber ein Grundstock nötig und für

diesen gilt es schon jetzt zu sorgen. Neben den Unterstützungsentscheidungen darf die gewerkschaftliche Schlagfertigkeit nicht beeinträchtigt werden. Das ist die vorausschauende Politik von der wir uns leiten lassen müssen. Nicht kleinlicher Kränklichkeit, sondern über den Tag hinausgehende Opferwilligkeit!

Daß gewerkschaftliche Leben ist an starke Realitäten gebunden. Ohne Opfer wären die vor uns liegenden Erfolge nicht erreichbar worden. Soll diese Entwicklung nun durch unsere eigene Unfähigkeit gestört werden? Wir haben alle Veranlassung zur Mißstimmung in unseren Reihen niederzukämpfen und mit einschüchternder Opferfreudigkeit nach vorwärts zu drängen.

## Rundschau.

**Lage des deutschen Arbeitsmarktes.** Wenn in den letzten Monaten der Glaube an die Fortdauer des wirtschaftlichen Erholungsprozesses oft schwanden wollte, wenn namentlich am Arbeitsmarkte infolge der Bauarbeiterausperrung der Grundbesitzer gegenüber dem Vorjahre immer mehr zurückging, so hat nunmehr endlich der Juni wieder einen Lichtblick gebracht, der zeigt, daß es sich bei der Abschwächung der letzten Monate doch nur um eine vorübergehende Erscheinung gehandelt hatte. Die Lage des Arbeitsmarktes hat im Juni eine recht erfreuliche Besserung erfahren: der Anhang blieb wieder sehr stark hinter dem Stande des Vorjahres zurück. Es kamen nach den an den „Arbeitsmarkt“ berichtenden öffentlichen Arbeitsnachweisen auf je 100 offene Stellen durchschnittlich 125,4 Arbeitsuchende gegen 148,9 im Juni 1909. Der Anhang blieb also um 23,5 hinter dem des Vorjahres zurück. Nachdem der Mai nur eine Besserung um 10,4, der April ein solches um 7,2 gegenüber dem Vorjahre gebracht hatte, muß die Besserung im Juni unbedingt als ein sehr wichtiger Fortschritt angesehen werden. Die Erleichterung des Arbeitsmarktes ist ausschließlich auf die äußerst fräftige Zunahme der Arbeitsstellen zurückzuführen, denn die Zahl der Arbeitsuchenden hat gegenüber 1909 keineswegs abgenommen. Sie stellte sich vielmehr im Juni b. J. um 6 Prozent höher als im Juni 1909. Da aber die Arbeitsstellenzahl an der Zahl der offenen Stellen gemessen, um rund 25 Prozent gegenüber dem Juni 1909 gewachsen ist, gestaltet sich das Verhältnis von Angebot und Nachfrage ganz erheblich günstiger als damals. Die Besserung erstreckt sich sowohl auf den Arbeitsmarkt für Mächtige als auf den für Weibliche. Im letzteren ging der Anhang von 181,3 im Juni 1909 auf 145,3 im Berichtsmoat zurück, an letzterem stellt er sich dieses Jahr auf 87,7 gegen 93,3 im Vorjahre. Den Hauptanstoß zu der fräftigen Belebung am Arbeitsmarkte gab natürlich die Wiederaufnahme der Bauarbeiten. Wenn auch die Aufhebung der Ausperrung erst Mitte des Monats erfolgte, und auch dann noch nicht allgemein, so wurde doch schon in sehr vielen Orten gleich nach Beilegung des Kampfes mit verdoppelter Kräfte gearbeitet, um noch möglichst viel das Verfallene nachzuholen. Aus allen Gegenden berichten die Nachweise über eine rege Nachfrage nach Bauarbeitern aller Art. Durch die Beschäftigung in Baugewerbe angeregt, nahm auch der Verkehr am Arbeitsmarkt im Holzgewerbe wieder zu. Wenn auch die Rückwirkung sich nicht sofort bemerkbar machte, ließ sie doch nicht lange auf sich warten. Nur in weniger Städten, wie in Freiberg i. Sa., Plauen, Ludwigshafen und Freiburg ließ die Lage des Arbeitsmarktes für Holzarbeiter noch zu wünschen übrig. Langsam, aber unverkennbar, bessert sich auch die Arbeitslosigkeit in der Eisen- und Metallindustrie. In der Rohstoffindustrie hielt die Intensivität der Beschäftigung in ungeschwächtem Maße an, und in der weiterverarbeitenden Industrie machte sich zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften bemerkbar. Außerst reger war der Bedarf an landwirtschaftlichen Arbeitern; war auch an und für sich die Arbeitslosigkeit noch nicht sehr umfangreich, so suchten sich die Landwirte doch bereits für die Erntezeit mit brauchbaren Arbeitskräften zu versorgen.

**Wohnungsinspektion in Bremen.** Dem Bremer Parlament ist vom Senat ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die Einführung der Wohnungsinspektion in Aussicht nimmt. Die Wohnungsinspektion soll von fest angestellten Beamten ausgeübt werden. Als Aufgabe der Wohnungsinspektion wird die Ueberwachung aller Einrichtungen und aller Einrichtungen des Wohnungswezens betrachtet. Insbesondere wird als Aufgabe der Wohnungsinspektion angesehen die Kontrolle darüber, daß die Wohnräumlichkeiten genügend mit Luft und Licht versorgt sind, die Kontrolle darüber, daß in Wohn- und Schlafräumlichkeiten Unreinlichkeiten beseitigt werden und weiter die Ueber-

## Der Beginn der Ansiedlung in Deutschland.

Von Albin Michel, Berlin.

Erst mit der Ansiedlung, mit der Gründung von festen Wohnstätten, kann bei den Menschen die Kultur beginnen. Solange die Menschen in Herden umherstreifen, sich untereinander die Nahrung freitig machend oder mit wilden Tieren kämpfend, kann keine menschliche Kultur entstehen, auch wenn bereits jene Entwicklungsstufe verlassen wurde, auf der die Menschen ihre Nahrung noch in ganz primitiver Art suchen. Erst mit der Gründung von festen Wohnplätzen können die Menschen richtig Wurzel fassen, erst von festen Wohnplätzen aus können die Kulturgewalten dem Menschen in steigendem Umfange untertänig gemacht werden. Und nicht nur der ärgeren Natur gegenüber können die Menschen mit der Gründung von festen Wohnstätten in eine vorteilhaftere Stellung, auch untereinander, vom einzelnen zum einzelnen, von Stamm zu Stamm und von Volk zu Volk bedeutende Veränderungen durchzuführen. Die gewaltige Fortwärtentwicklung, ein Kulturereignis, das in dem Emporstreben der Menschheit sehr hoch eingeschätzt werden muß, und das gewiß viele andere Ereignisse der Menschheitsentwicklung übertrifft. Mit der dauernden Besiznahme des Landes wurde erst eine eigentliche Bodenbesitzung möglich, damit verringerten sich auch die wilden Eroberungskämpfe und Beutezüge. Mit der Bodenbesitzung und mit dem Uebergang von der ausschließlichen Weidewirtschaft zu der Feldwirtschaft wurden viel höhere Erträge aus dem Boden herausgewirtschaftet, die Menschen lernten die ersten Anfänge einer systematischen Tätigkeit und den Wert der Arbeit kennen. So ließe sich noch vieles anführen, was darauf hinweist, in wieviel höherem Maße die Gründung von festen Wohnstätten fördernd auf die Menschheitsentwicklung eingewirkt hat.

Die Völker im alten Deutschland freiten lange Zeit umher, ehe sie sich feste Wohnstätten gründeten, und in den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrechnung bis teilweise noch ins Mittelalter hinein waren diese Wohnstätten sehr primitiv. Aus den Aufzeichnungen eines griechischen Philosophen, der ungefähr hundert Jahre vor Christi Geburt gelebt hat, wissen wir wenigstens von einzelnen Stämmen, daß die Germanen noch keine festen Wohnstätten hatten und auch den Ackerbau noch nicht betrieben. Die Germanen zogen damals noch mit ihren Viehherden von einem Weideland zum anderen und sie betrieben demzufolge nur ganz extensive Landwirtschaft. Es ist aber wahrscheinlich, daß auch schon zu dieser Zeit einzelne deutsche Völkergemeinschaften feste Wohnstätten hatten.

Julius Cäsar, der große römische Feldherr und Staatsmann, der von 100 bis 44 vor Christi Geburt lebte, berichtet zwar auch, daß die Germanen den Feldbau so gut wie gar nicht kennen, daß sie keine abgetrennten Feldmarken und keine eigenen Grundstücke hatten, sondern daß sie, die Stämme von Jahr zu Jahr immer wieder andere Plätze suchten, aber dieser Behauptung widerspricht eine andere Stelle, in der Cäsar berichtet, daß er nach dem Rheinübergang (im Jahre 55 vor Christi) in den Bezirken der Germanen Dörfer und Gebäude niederbrennen und die Flüchtlinge auf den Feldern vernichten ließ. Demnach muß es also damals bereits feste Ansiedlungen gegeben haben. Wahrscheinlich waren solche feste Ansiedlungen nur in den Grenzdistrikten anzutreffen, wogegen die Stämme, die das Innere Germaniens bevölkerten, noch nicht zu festen Wohnstätten gekommen waren. War doch auch das Innere Germaniens sonst noch weit in der wirtschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben. Im ersten Jahrhundert nach Christi Geburt war die weitest größte Fläche des inneren Germaniens noch von großen undurchdringlichen Urwäldern und von gewaltigen unzugänglichen Sümpfen bedeckt. Unter diesen Umständen konnten fortschrittliche Ideen von außen kaum eindringen. Die Wohnstätten der Menschen und die wirtschaftlichen Zustände erfuhren jahrhundertlang kaum die geringste Veränderung.

Nur ganz langsam, höchstwahrscheinlich von den Grenzen ins Innere vordringend, wurde der Feldbau bei den deutschen Stämmen eingeführt, wurden auch feste Wohnstätten gegründet. In Städte war freilich damals noch lange nicht zu denken, denn der Städtebau in größerem Umfange setzte in Deutschland erst mit dem zehnten Jahrhundert ein. Und auch Dörfer, Orte mit einer größeren Anzahl von Wohnbauten nebeneinander, waren wohl auch noch recht selten. Meistens stellten sich die Germanen einzeln an und erst später entstanden Dörfer, sicherlich aber in den inneren Teilen des deutschen Gebietes später, als in den Grenzgebieten. Die Wohnbauten wurden angelegt, wie es sich durch Zufall ergab, oder je nach den Bedürfnissen der Ansiedler und je nach den örtlichen Verhältnissen: an einer Waldede, an einem Daell, an einem kleinen Bach, oder nicht weit vom breiten Strome; um vor Ueberflutungen geschützt zu sein, auf einer Höhe oder um vor dem Sturm geschützt zu sein, angelehnt an einen Felsen, unter einem hohen Baum oder unter einem Felsenvorsprung. Die Hauptsache blieb wohl immer, daß Wasser und Holz nicht allzu weit entfernt waren. Steine und Ziegel waren damals bei den germanischen Völkern als Baumaterialien noch gänzlich unbekannt. Die Wohnbauten waren, wenn nicht ausschließlich, so doch fast ausschließlich aus Holz errichtet. Balken, wie sie jetzt vom Zimmerer bearbeitet werden, gab es damals noch nicht, als Baumaterial mußten also rohe Baum-

kämme verwendet werden, gefällte Bäume, die in oberflächlicher Weise von den Werten gesäubert waren. Da die ersten Ansiedlungen der germanischen Völker Holzbauten waren, die viel eher verfallen, als Steinbauten, so brauchte man sich auch nicht zu wundern, daß von diesen frühesten Ansiedlungen der alten Germanen nichts übrig geblieben ist. Man kann sich aber vorstellen, daß diese ersten Ansiedlungen der alten Germanen nach außen hin keinen besonders hübschen Eindruck gemacht haben, denn wie der einzelne Baumstamm ungleichmäßig durch hervorsteckende Astkümpele neugierig war, so mußte auch das gesamte Haus des alten Deutschen den Eindruck der Regellosigkeit, des Wilden und des Unausgeglichenen machen. Und je wenig vertrauensvoll, den Maßstab späterer Zeiten angelehnt, der Anblick dieser Baulichkeiten von außen gewesen sein kann, so wenig war die allgermanische Wohnbaulichkeit ein Wohnhaus nach unseren Begriffen. Irgendeine Bequemlichkeit gab es in diesen „Häusern“ gewiß nicht. Sicherlich gab es in diesen Baulichkeiten schon verschiedene Abteilungen, es fehlten aber Fenster, Schornsteine, Treppen; an einer besonderen Stelle war die Feuerstelle eingerichtet, die Vorgängerin unserer jetzigen Küche. In jeder Wohnbaulichkeit gehörte auch ein geräumiges Kellerraum, das zugleich Vorratsraum und Wohnhöhle für den Winter war. Kam der Winter mit seinen eisigen Winden heran, so wurde das Kellerraum von außen mit Dünge und anderen Materialien bedeckt, so daß die Kälte nicht eindringen konnte. Wie sich manche Tiere während der Winterzeit in ihre Höhlen verziehen, so zog sich auch der alte Germane während der Winterzeit in seine Höhle unter dem Hause zurück, und er kam nur hervor, wenn es dringend notwendig war.

Langsam drang die Kultur vor und damit wurden auch die Wohnbaulichkeiten vollkommener. Nach und nach verdrängten sich die Ansiedlungen, es entstanden Dörfer. Zur Bildung von Dörfern haben dann auch die aufkommenden Grundherrschaften sehr vieles beigetragen, und die organisatorischen Tendenzen der Grundherrschaften haben auch fördernd auf die Bevölkerungszunahme des Bauens eingewirkt. Aus dem inneren und außen primitiven Blockhaus der alten germanischen Völker entstanden technisch bessere Baulichkeiten, bis dann das spätere Mittelalter die Baukunst auf eine sehr hohe Stufe hob. Zwischen diesen beiden Entwicklungspunkten lag ein Zeitraum von 1500 Jahren, aber von der aus unbewohnten Baumstämme zusammengesetzten Hütte bis zu den gewaltigen, himmelanstrebenden Domen der mittelalterlichen Städte liegt auch ein gewaltiger Weg.

wachung der Wohnungsbedürftigkeit. Hinsichtlich der Wohnbedürftigkeit werden besondere Bestimmungen vorgeschlagen, die einer Ueberfüllung vorbeugen sollen.

Wöchentliche Lohnzahlungen auf den Reichswerken. Mit dem 1. Juli wird auf den Werken des Deutschen Reiches für alle Angestellten und Arbeiter, die nach Stundenlohn bezahlt werden, die wöchentliche Lohnzahlung eingeführt.

Der sozialdemokratische Terror. Unter dieser Schlagmarke schreibt die Zeitung „Das Reich“ in seiner Nummer 163 vom 15. Juli in einem Artikel:

Bei dem vorletzten Ausstand der Berliner Bauarbeiter wurden diejenigen Arbeiter, die auf christlicher und nationaler Grundlage organisiert waren, von den Arbeitgebern nicht ausgeschlossen; sie arbeiteten, wenn auch unter den bedauerlichsten Umständen, weiter, zum Teil mit dem Revolver in der Hand, und wurden gleichwohl manchmal von den ausländischen Genossen übel zugerichtet.

Das beruht offenbar auf einem Irrtum. Uns ist von etwas dergleichen nichts bekannt. Wir wurden, wie auch anderwärts, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Bauarbeiterverbänden ausgeperrt und haben demgemäß auch den Kampf gemeinsam geführt.

Alkohol und Arbeiterschaft. Ueber den Einfluß des Alkoholmißbrauchs auf die Arbeiterschaft schreibt der Landesgewerbezweig für Bayern in seinem ersten Jahresbericht (1909): Vielfach wurde seitens der Vorgesetzten und der Arbeitgeber über unrationale Ernährung und Alkoholmißbrauch geklagt.

Für die gelben vaterländischen Arbeitervereine entfaltet der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie in letzter Zeit eine recht lebhaftige Agitation. Ein sogenannter Ausschluß zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine, der sich aus einem Generalmajor, einem Barwart, zwei Professoren, einem Direktor, drei Unternehmern, einem Justizrat und einem Freiherrn zusammensetzt, wendet sich in einem bombastischen Aufruf an die Öffentlichkeit zur Unterstützung der „Vaterländischen“.

Alsdann kommen alle die bekannten Phrasen, mit denen der Sozialdemokratie wahrhaftig noch kein einziger Anhänger abwendig gemacht worden ist. Das ganze Elaborat richtet sich letzten Endes gegen jede selbständige Arbeiterbewegung, und ist eine Bestürmung der „Gelben“, zu deren Unterstützung um Einfindung von Beiträgen gebittet wird.

Eine öffentliche Warnung erläßt der Polizeipräsident der Stadt Köln vor dem Eintritt in die drei zu Köln domicilierenden eingetragenen Hilfskassen, und zwar der Krankenversicherungsgesellschaft „Alliance“, Magusstr. 25, der Krankenversicherungsgesellschaft „Securitas“, Pfälzer Str. 15, und der Krankenversicherungsgesellschaft „Colonia“, Moltkestr. 129.

In eigener Sache.

Aus einer Anzahl Orten wurde uns die Mitteilung gemacht, daß Mitglieder der „freien“ Bauarbeiterverbände das Gerücht verbreiteten, einmal, unser Verband habe wäh-

rend der Aussperrung von dem Zentralverband der Maurer Deutschlands eine halbe Million Mark geliehen, oder unsere Mitglieder seien die letzten 14 Tage von genantem Verband unterstützt worden. Selbstverständlich beruhen diese Gerüchte auf Unwahrheit.

Um allem Verede endgültig die Spitze abzubrechen, haben wir uns in der Sache an den Zentralvorstand des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands gewandt. Daraufhin teilt der „Grundstein“ in seiner Nr. 28 vom 9. Juli mit:

Nach einer Zuschrift des Vorstandes des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands wird in mehreren Orten von unsern Mitgliedern das Gerücht verbreitet, unser Verband hätte dem christlichen Verband zur Abwehr der Aussperrung Geld geborgt.

Diese Gerüchte entbehren natürlich jeder Grundlage. Es ist zwischen den Verbandsvorständen überhaupt niemals die Rede davon gewesen, daß eine solche Möglichkeit eintreten könnte.

Damit ist die Angelegenheit für uns erledigt. Der Hauptvorstand. J. A.: Jos. Wiebeberg.

Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperrt sind: Rade (Sperrt über das Geschäft des Unternehmers Liehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten), Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Hannover (Dachdecker), Sperrt über die Firma Rust und die Hannoverische Bedachungs-Gesellschaft, Köln, gesperrt sind die Arbeiter des Zwischenmeisters Kurbanum aus Bonn, Streit, Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet, Dachdecker, Zugzug ist fernzubalten. Zugzug von Stillarbeiten und Putzern nach Aachen ist fernzubalten wegen bevorstehender Lohnbewegung.

Bezirk Köln.

Köln, 10. Juli. (Von den örtlichen Verhandlungen.) Die im Dresdener Schiedspruch vorgesehenen örtlichen Verhandlungen zwecks Einigung der noch strittigen Bestimmungen fanden für die Lohngebiete des bergischen Landes am 6. Juli in Barmen und für die Lohngebiete des rheinischen Bezirkes am 8. Juli in Köln und 9. Juli in Düsseldorf statt.

Table with columns: Nummer, Lohngebiet, Arbeitszeit, Lohn für 1910 (Maur., Hilfsarb., Zim.), Lohn für 1911 (Maur., Hilfsarb., Zim.), Lohn für 1912 (Maur., Hilfsarb., Zim.). Rows include Barmen-Elsfeld, Remscheid, Solingen, Aachen, Berg, Gladbach, Besdorf, Witten, Hamm, Bonn, Köln, Düren, Summersbach, Jülich, Düsseldorf, Cleve, Erefeld, Gelsenkirchen, Hoch mit Pfalzendorf, Hilden, M.-Gladbach, Neuss, Biersen.

Die Kanalarbeiter erhalten in Köln 83-85 und 87 Pf.; in Barmen-Elsfeld 71-73 und 75 Pf. In Erefeld-Barmen sind auch die Zementarbeiter und Asphaltarbeiter mit 5 Pf. Lohnerhöhung in den Vertrag mit aufgenommen.

Die generelle Erhöhung des Stundenlohnes und der Lohnausgleich machen 5-9 Pf. aus. Fassen wir das Gesamtergebnis zusammen, dann können wir mit dem Erfolg des Kampfes voll und ganz zufrieden sein.

war gut, an größeren Bauten war das katholische Krankenhaus zu bezeichnen. Eine Verhandlung leiteten die Unternehmer hätte ab, sie wollten die Lohn- und Arbeitsverhältnisse mit ihren Arbeitern selbst regeln. Damit wären unsere Kollegen aber nicht einverstanden. Eine Versammlung am 1. Juli faßte den Beschluß, bei Geisler u. Krabe die Arbeit niederzulegen. Nach kaum vier Tagen erkrankten die beiden Unternehmer die Forderungen der Arbeiter an und schlossen einen dreijährigen Tarifvertrag ab. Am 7. Juli bewilligte der Unternehmer Forderungen ohne Kampf die Forderungen. Am selben Tage traten und sämtliche Kollegen des Unternehmers Fischer in Streit. Nach kaum drei Stunden ließ F. den Organisationsvertreter nach, um einen Tarifvertrag abzuschließen. So ist es uns innerhalb weniger Tage gelungen, wieder Frieden zu schließen. Vom Arbeitgeberverband wollen die Unternehmer nichts wissen. Im ganzen kamen bei der Bewegung 112 Kollegen in Betracht, von denen 98 unsern Verband und 3 dem „freien“ Maurer- und Hilfsarbeiterverband angehörten. 11 Kollegen waren nicht organisiert. Interessant war die Einigkeit der Kollegen. Die Unternehmer hatten gerechnet, daß ein großer Teil, aber wenigstens die Hälfte der Arbeiter, sich nicht an dem Kampfe beteiligen würde. Die Unternehmer hatten die Rechnung ohne die Organisation gemacht. Sämtliche Arbeiter ohne Ausnahme legten die Arbeit nieder, auch diejenigen, welche schon 15, 18 und sogar 23 Jahre beim Unternehmer beschäftigt waren. Die Kollegen sagten eben, die Einigkeit erfordert es. Es dürfte auch einzig und allein darauf zurückzuführen sein, daß der Kampf so schnell beendet war. Der Stundenlohn steigt sofort von 60—62 Pf. auf 58 Pf. für Maurer und für Hilfsarbeiter von 42 auf 46 Pf. Am 1. April 1911 und 1912 erhöht sich der Stundenlohn um je 2 Pf., so daß vom 1. April 1912 ab die Maurer 60 Pf., die Hilfsarbeiter 50 Pf. erhalten. Ein Erfolg, der nur durch die Einigkeit durch die Organisation möglich war. An den Kollegen muß es aber jetzt liegen, das Erreichte festzuhalten. Bleibt treue Mitglieder des christlichen Bauarbeiterverbandes.

Bezirk Bodum.

Am Sonnabend, den 16. Juli, wurden die örtlichen Verhandlungen im rheinisch-westfälischen Industriegebiet beendet. Es sind nur noch die Vereinbarungen betreffs der auswärtigen bzw. für Ueberlandarbeiten zu treffen. Dieses muß laut Beschluß des Einigungsamtes binnen vier Wochen geschehen. Dieser war für Rheinland und Westfalen ein Vertrag maßgebend; dagegen sind jetzt für daselbe Gebiet acht Verträge abgeschlossen und wurde in neun Orten verhandelt. Das Ergebnis der örtlichen Verhandlungen hat unsere Kollegen nicht ganz befriedigt, weil die Unternehmer, mit Ausnahme von einigen Orten, nicht das geringste Entgegenkommen zeigten. Obwohl der Dresdener Schiedspruch besonders im hiesigen Gebiete viele Parteien gedrückt hat und die Herren Unparteiischen den Vorstand des Arbeitgeberbundes ersucht haben, diese bei den örtlichen Verhandlungen soweit wie möglich zu beseitigen, und speziell in den Orten mit zurückgebliebenen Löhnen einen Ausgleich zu treffen, hatte der Arbeitgeberbund im hiesigen Bezirk es seinen Mitgliedern streng verboten, über die durch den Schiedspruch festgelegten Mindestlöhne hinauszugehen. Daher durften selbst solche Arbeitgeber, welche schon monate- und ein Jahr lang 2—5 Pf. pro Stunde mehr Lohn gezahlt haben und ihren Arbeitern versprochen hatten, diese Stundenlöhne nun auch entgegen dem Schiedspruch festzulegen, ihren Willen nicht durchsetzen und mühten das ihren Arbeitern gegebene Versprechen nicht einlösen. Nur in den Lohngebieten Bernau-Amt und -Stadt und Mülheim-Stuhr, sowie in den Orten Börrig, Södingen und Holtshausen haben die dortigen Arbeitgeber einen Penny pro Stunde als Ausgleich zugestanden. Auch konnte für das engere Industriegebiet die von uns schon seit Jahren geforderte achtstündige Lohnzahlung nicht erreicht werden. Trotzdem im Rheinlande, im Bergischen Lande, im Münsterlande, im Paderborner Lande und im Gebiete Miesfeld-Denkhausen die achtstündige Lohnzahlung besteht oder jetzt vertraglich festgelegt wurde, erklärten die Bundesmitglieder im engeren Industriegebiete (Essen, Dortmund, Bochum usw.), es wäre gerabzu unmöglich, ebenfalls die achtstündige Lohnzahlung einzuführen. Jedoch ist durch Einigungsamtsbeschluß auch für dieses Gebiet die letzte Stufe geschaffen, die zur achtstündigen Lohnzahlung führt. Erstens wurde von den Herren Unparteiischen protokolliert festgestellt, daß es wirtschaftlich richtig sei, in Zukunft auch für dieses Gebiet die achtstündige Lohnzahlung einzuführen. Ferner muß statt „auf“ Antrag jetzt „ohne“ Antrag der Arbeiter in der Mitte der Lohnperiode ein Abschlag von 95 Prozent des verdienten Lohnes gezahlt werden (bisher 80 Prozent). Auch ist der Zuschlag für Ueberstunden von 10 auf 15 Pf. erhöht worden. Die übrigen Zuschläge für schmutzige Feuerzucht, Wasser-, Nacht-, Sonn- und Festtagsarbeiten sind in den acht Vertragsgebieten verschiedenartig geregelt. Jedoch ist überall ein kleiner Fortschritt zu verzeichnen. Die unparteiischen Bestimmungen, welche im alten Verträge leider zu verzeichnen waren, sind erfreulicherweise fast überall beseitigt. Unter anderem haben nicht mehr, wie bisher, die Arbeitgeber der Vorsitzenden der Schlichtungskommission zu ernennen, sondern dieselbe wird von der Kommission gewählt. Auch hat in Zukunft nicht nur der Arbeitgeber oder sein Polier zu bestimmen, ob im Winter bei ausreichenden Lichtverhältnissen die Arbeitszeit auf die normale verlängert werden darf, sondern die örtlichen Organisationen reden auch ein Wortchen mit. Erwägen wir kurz die großen moralischen Erfolge und die Lohnaufbesserungen, welche den Bauarbeitern durch den Dresdener Schiedspruch zuerkannt wurden, und fügen wir diesen die oben zitierten Verbesserungen, die für unsere Berufs-kollegen durch die örtlichen Verhandlungen erzielt wurden, hinzu, dann müssen wir zugeben, daß die soeben beendete Miesenaus-sperrung den deutschen Bauarbeitern ganz enorme Vorteile gebracht hat. Dieses wird um so mehr anerkannt werden müssen, wenn man sich die Frage beantwortet: Was wollte der Arbeitgeberbund mit seiner Miesenaus-sperrung? und bedauert, daß es sich diesmal um eine Bewegung über ganz Deutschland handelte. Daher wollen wir uns unserer Erfolge, ähnlich wie nach früheren Lohnbewegungen freuen und mit dem Bewußtsein auf dieselben recht kräftig unter den unorganisierten Berufs-kollegen agitieren. Auch wollen wir unseren bisherigen Opfermut nicht erlahmen lassen, sondern denselben noch ergänzen und dafür sorgen, daß uns der Arbeitgeberbund jederzeit, hauptsächlich aber im Jahre 1913, wo der jetzt abgeschlossene Tarifvertrag zu Ende geht, gerüstet findet.

Bezirk Königsberg i. Pr.

Die Arbeitgeberverbände für Allenstein, Heilsberg und Braunsberg lehnten bekanntlich den Schiedspruch bezüglich des Lohnes ab. In Allenstein wurde dieserhalb am Donnerstag, den 14. Juli, die Arbeit auf sämtlichen Baustellen niedergelegt. Auf diese Probe stürzten es die Unternehmer ankommen lassen zu wollen. Am Sonnabend, den 16. Juli, wurde unsere Kommission bereits zur Verhandlung von den Arbeitgebern geladen. Nach vierstündiger Beratung wurde der Vertrag, wie er am 8. Juni bei der Verhandlung in Königsberg festgesetzt war, angenommen und unterschrieben. Am Montag, den 18. Juli, früh, konnte mitten die Arbeit wieder aufgenommen werden. Zugewinnen haben sich auch die Heilsberger Unternehmer bewiesen und den Vertrag unterschrieben. Es bleibt nun noch Braunsberg übrig. Hier soll in der kommenden Woche eine Berufsbildung versucht werden. Der Friede wird daher wohl bald im ganzen Baugewerbe in Ostpreußen eintreten.

Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagsmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 24. Juli der einundzwanzigste Wochenbeitrag fällig ist.

Frankfurt a. M. (Bezirkskonferenz.) Am Sonntag, den 3. Juli, fand in Frankfurt eine Bezirkskonferenz statt. Tagesordnung: 1. Bericht über die Lohnbewegung im Baugewerbe bzw. Schiedspruch 1910; 2. Vortrag über unsere nächsten Aufgaben in der Agitation; 3. Beratung von Anträgen. Anwesend waren 17 Delegierte. Ohne Entschuldigungen fehlten 8 Delegierte. Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprach Kollege Beder-Berlin als Vertreter des Zentralverbandes in ausgiebiger und sachlicher Weise über den Verlauf der Bewegung im Baugewerbe in 1910. Er schilberte die Anträge des Arbeitgeberbundes im allgemeinen und gab einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der geführten Verhandlungen vom Anfang der Bewegung bis zum heutigen Tage resp. bis zur Fälligkeit des Schiedspruchs. Er kennzeichnete den Ausgangspunkt der Aus-sperrung mit den bekannten Scharfmacher-Ideen, welche darauf hinfielen, die deutsche Bauarbeiterschaft in ihrer Organisation auf Jahre hinaus zurückzuschlagen. All diese Pläne mußten der Kraft der Organisation weichen. Nach reger Diskussion fand folgende Resolution einstimmige Annahme:

„Die am 3. Juli in Frankfurt tagende Bezirkskonferenz erklärt im allgemeinen ihr Einverständnis mit dem Resultat der nunmehr abgeschlossenen Bewegung. Sie erklart darin einen großen Erfolg, wenn sie auch in einigen Punkten ein besseres Resultat erhofft hätte. Sie spricht der Verhandlungskommission und dem Zentralvorstand ihr volles Vertrauen aus, und fordert die Mitglieder des Bezirks auf, die Agitation ernsthaft aufzunehmen und nachhaltig durchzuführen.“

Zu Punkt 2 der Tagesordnung referierte Kollege Gasse. Er gab einen Ueberblick über unsere Bewegung im Bezirk Frankfurt. Die Mitgliederzahl ist in einem erfreulichen Steigen begriffen, so daß die Zahl 1500 überschritten ist. Es müßte aber bei richtiger Agitationsarbeit am Jahres-schluß das Doppelte zu verzeichnen sein, wenn jeder Kollege seine volle Pflicht erfülle. Die Vorstände und Vertrauensleute müßten planmäßiger arbeiten. Nach seinem Referat folgte eine rege Diskussion, in der sich mehrere Delegierte im Sinne des Referenten aussprachen. Es wurden dann noch Anträge besprochen betreffs der Herbstkonferenz, der Winterzahlstellen und deren Lokalkassen, sowie Winterbeitrag resp. Bezirksbeitrag. Mit einem Hoch auf unsern Verband wurde die Konferenz um 5 1/2 Uhr geschlossen.

Oberhausen, Margloh, Bruchhausen. Am Samstag, den 2., und am Sonntag, den 10. Juli cr., fanden in genannten Orten außerordentliche Mitglieder-versammlungen statt, welche gut besucht waren. Kollege Kirchner (Oberhausen) besprach in einstuündigen Ausführungen den gefällten Schiedspruch, und wies die Lehren die Bauarbeiter daraus ziehen können. Referent wies kurz auf die Ursache des Kampfes, auf die Erstarkung des Arbeitgeberbundes und dessen Wollen hin, und wies ferner an der Hand des tatsächlichen Materials nach, daß der Erfolg für die Bauarbeiterschaft im Jahre 1910 nicht allein ein moralischer, sondern auch ein wirtschaftlicher gewesen sei. Ferner streifte er kurz die Bestimmungen des einseitigen Vertragsmusters, sowie den Fortschritt in der Verkürzung der Arbeitszeit, und die Aufnahme des Schiedspruches im allgemeinen. Aus seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß nicht nur der Schiedspruch angenommen werden konnte, sondern daß man auch in den Reihen der organisierten Bauarbeiter alle Ursache hätte, daß was der Schiedspruch gebracht, als einen Erfolg zu bezeichnen. Referent ermahnte den Geist und den Kampfesmut der Kollegen allgemein an, warnte aber vor unvorsichtigen Schritten, welche ja auch nicht von einem ganzen Gewerkschaftler unternommen werden. Wenn auch hier und da einige Kollegen in unseren Reihen zu finden wären, welche den Erfolg der Aus-sperrung und die mühevollen Arbeit der Unparteiischen nicht zu würdigen verstanden, dann sei es Pflicht der weitblickenden Kollegen, durch Aufklärungsarbeit dahinzuwirken, daß auch diese den Kampf verstanden. Nach einer einstuündigen Diskussion wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige im Verbandslokal Rosenbach zu Margloh und im Lokale Hartgenbusch zu Oberhausen tagende gut besuchte außerordentliche Mitglieder-versammlung des Zentralverbandes christlicher Bauhandwerker und Bauhilfsarbeiter Deutschlands nimmt Kenntnis von dem Bericht der Bezirkskonferenz sowie den weiteren Ausführungen des Referenten und spricht dem Zentralvorstand und allen anderen Angehörten des Verbandes das vollste Vertrauen aus. Die Versammlung erkennt an, daß der Ausgang der Aus-sperrung einen großen Erfolg der Bauarbeiter-Organisation bedeutet. Die Anwesenden versprechen durch rechtliche Mittel in der Zukunft alles zu tun, was die Berufsorganisation nach innen und außen stärken kann, d. h. systematisch und energisch in die Agitation zu treten, damit im Jahre 1913 der Zentralverband christlicher Bauarbeiter gerüstet zu finden ist.“ — Als man noch die internen Punkte der Zahlstellen erledigt hatte, erfolgte in später Stunde Schluß der Versammlung.

Aus untern christlichen Verbänden.

Der sechste Verbandstag des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands fand in der Zeit vom 29. Juni bis 3. Juli 1910 in Münster (Westf.) statt. Der den Delegierten vorgelegte Bericht des Zentralvorstandes über die Entwicklung und die Tätigkeit des Verbandes in den Jahren 1908/1909 gibt ein Bild von der Wirksamkeit dieser Organisation. Die Wirtschaftskrisis wurde gut überstanden. In 255 Zahlstellen zählt der Verband 11 312 Mitglieder. Die Einnahmen des Verbandes beliefen sich auf 628 148 M., die Gesamtausgaben auf 505 024 M. Als direkte Unterstützungen flossen den Mitgliedern davon 291 774 M. zu. Gezahlt wurden an Reiseunterstützung 13 999 M., Maßregelungsunterstützung 7613 M., Streikunterstützung 128 159 M., Lohnzusammenstützung 4123 M., Arbeitslosenunterstützung 59 284 M., Krankenunterstützung 66 108 M., Rechtschutz 2110 M., Sterbegeld 5217 M., sonstige Unterstützungen 5257 M. Das Verbandsorgan, das in einer Auflage von 14 100 erschien, kostete 37 405 M. Der wöchentliche Beitrag betrug (einschließlich der Lokalaufschläge) im Durchschnitt 61,29 Pf. In erfolgreicher Weise wirkte der Verband zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. In 188 Fällen wurden Lohnbewegungen und Lohnkämpfe geführt. Dadurch wurden für 5141 Verbandsmitglieder eine jährliche Erhöhung der Lohnsumme um 223 234 M. und eine Verkürzung der Arbeitszeit um 286 430 Stunden pro Jahr erreicht. Die Zahl der vom Verbands abgeschlossenen Tarifverträge beträgt 117. Auf dem Verbandstage fand der vom Verbandsvorsitzenden Kurtscheid (Eöln) erläuterte Bericht seitens der Delegierten die vollste Zustimmung. Um den Verband auch fernerehin finanzkräftig zu erhalten, wurde beschlossen, daß an die Hauptkasse pro Woche und Mitglied der Beitrag von 50 Pf.

abzuschließen ist. Die Streikunterstützung wurde für Mitglieder mit längerer Mitgliedschaftsdauer erhöht. Neu eingeführt wurde eine Unterstützung für die zum Militär einrückenden Mitglieder. Die Löhne der Angestellten des Verbandes werden entsprechend den veränderten Verhältnissen aufbessert. In Berlin soll ein weiteres Verbandssekretariat errichtet werden. Außer dem Geschäftsbericht nahm der Verbandstag vier Referate entgegen. Kurtscheid (Eöln) behandelte die zukünftige Gestaltung der Tarifbewegung im Holzgewerbe. Die nachfolgende Diskussion ließ schwere Bedenken laut werden gegen die tarifliche Forderung der obligatorisch-paritätischen Facharbeitsnachweise. Eine Änderung des heutigen Nachweismessens müßte angekrebt werden, jedoch unter Wahrung der im Beruf vorhandenen Eigenarten. Zu diesem Punkte fand ein Antrag Annahme, der den Zentralvorstand verpflichtet, zur Behandlung der Arbeitsnachweise Beschlüsse aufzustellen. Ein zweites Referat erstattete Weyerz (Eöln) über die Vorbereitung zum Stärkung des Verbandes, Knebel (Eberfeld) behandelte das Thema: Gesundheitliche Gefahren im Holzgewerbe und deren Bekämpfung. Herr Architekt Uner von der Tischlerfachschule Detmold (Direktion Bredt), ein ehemaliges Mitglied des Verbandes, sprach über die Arbeiterschaft und die künstlerische und technische Entwicklung im Holzgewerbe.

Soziale Wahlen.

Essen, 19. Juli. Bei der heute begonnenen Ortskranken-kassenwahl entfielen in der Abteilung o, in der 53 Vertreter zu wählen waren, auf die christliche Liste 781 Stimmen, auf die sozialdemokratische Liste 412 Stimmen. Die Liste der christlichen Bewerber ist also glänzend durchgegangen. Es handelte sich um eine Ergänzungswahl, die nach der Ungültigkeitserklärung der im Februar 1909 vorgenommenen Wahl statt-zufinden hatte. Damals hatte mit 2 Stimmen Mehrheit die Sozialdemokratie gesiegt. Die Beteiligung bei der jüngstigen Wahl war beinahe doppelt so stark, als im Jahre 1908.

Von den Arbeitsstellen.

Mülheim a. Rh. Am Montag, den 27. Juni, stürzte in Mülheim a. Rh., Windmühlenstraße, ein Teil der Vorderfront eines von der Firma Hausen ausgeführten Neubaus ein. Bei dem Unfall starben drei Maurer, darunter unser Kollege Lorenz Schäfer, mit in die Tiefe. Alle drei Verletzten wurden ins Städtische Krankenhaus gebracht. An den erkrankten Verletzten ist unser Kollege Schäfer am 8. Juli gestorben. Die beiden anderen Verletzten befinden sich noch im Krankenhaus. Nach dem Urteil von Sachleuten ist der Unfall auf Verwertung von schlechtem Material und zu schlechter Auflage der Träger zurückzuführen. Die dort beschäftigten Bauarbeiter haben wiederholt die Forderung gestellt, besseres Material zu liefern, leider ohne Erfolg. Wie in sehr vielen anderen Fällen, hat es auch hier wieder zuerst Menschenleben kosten müssen, ehe Abhilfe geschaffen wurde.

Reddinghausen. Am 8. Juli ereignete sich in Marf bei Reddinghausen auf der Beche „Wassert“ ein bedauerliches Unglück. Von dem im Bau befindlichen Werkschornstein, der ungefähr 30—32 Meter hoch war, stürzte der Verbandskollege Nuffbaum, gerade als er zur Mittagspause absteigen wollte, herab und war auf der Stelle tot. Wie das Unglück entstanden ist, hat niemand gesehen. Der Unfall erfolgt von der Außenseite, und man vermutet, daß der Unglückliche beim Uebertritt auf das erste Steigeisen einen Fehltritt getan hat. Gebürtig ist der Kollege aus Geisig, Unterlahnkrantz.

Bekanntmachungen.

Da unsere alten Mitgliedsbücher vergriffen sind, hat der Zentralvorstand, dem Beschlusse der Münsterschen General-versammlung entsprechend, Mitgliedslisten anfertigen lassen, welche bei Bestellung von Mitgliedsbüchern statt derer zum Verband kommen. Die Karten sind für eine zweijährige Mitgliedschaftsdauer eingerichtet und wird dieselbe nach dieser Zeit durch ein Mitgliedsbuch ersetzt. Ersatz für volle oder unbrauchbar gewordene Bücher können bis auf weiteres in kleinen Posten weiter von der Zentrale bezogen werden.

Der Zentralvorstand. J. A.: Jos. Wiebeberg.

Bezirk Rattowik.

Am Sonntag, den 14. August, morgens 10 Uhr, findet in Rattowik, im Lokale Piekert, Sedanstraße, eine Vertrauensmänner-Konferenz statt, wozu alle Zahlstellen unseres Bezirks bis zu 100 Mitgliedern einen, für jedes weitere angefangene 100 Mitglieder einen weiteren Delegierten zu entsenden haben.

Die Tagesordnung wird vor der Konferenz bekanntgegeben. Da die Beratung sehr wichtig ist, muß jede Zahlstelle vertreten sein. Der Hauptvorstand wird durch den Redakteur, Kollegen Beder, vertreten sein.

Die Bezirksleitung. J. B.: Fr. Ehrhardt.

Achtung! Achtung! Sofort 100 Maurer und Bauhilfsarbeiter nach Oberhausen (Rheinland) gesucht. Näheres bei W. Kirchner, Oberhausen, Düppelstraße 49.

Achtung! Verwaltungsstelle Ramsau-Kreuzendorf. Die Kollegen werden hiermit aufgefordert, ihre Mitgliedsbücher, sowie Legitimationskarten in Ordnung zu bringen und durch die Hauskassierer bis zum 1. August an den Verwaltungsstellen-Kassierer, Kollegen Bernhard Giesloch, Kreuzendorf, abzugeben. Die Mitgliedsbücher, sowie Legitimationskarten werden vom 1. August an die Zentrale nach Berlin geschickt. Der Vorstand. J. A.: Paul Briz, Dörnberg.

Sterbetafel.

Am 8. Juli starb unser treuer Kollege Lorenz Schäfer an den Folgen eines erlittenen Unfalles im Alter von 33 Jahren. Zahlstelle Mülheim, Rhein. Am 8. Juli starb infolge eines Unfalles der Verbandskollege, Bauhilfsarbeiter Nuffbaum aus Geisig, Unterlahnkrantz, im Alter von 18 Jahren. Wir verlieren in ihm einen treuen Kollegen. Zahlstelle Marl. Am 9. Juli starb unser Mitglied, der Maurer Matthias Beerlinger im Alter von 29 Jahren an Lungentuberkulose. Zahlstelle Essen (Maurer).

Ehre Ihrem Andenken!

Achtung! Marburg a. d. Lahn. (1,90) Donnerstag, den 28. Juli, abends nach Feierabend, General-versammlung im Verbandslokal, bei Gastwirt Fischer in Reidenhausen. Die Kollegen werden dringend gebeten, voll-zählig zu erscheinen. Der Vorstand.